

Schwauzwälder Tageszeitung

'Aus den Tannen'

Abg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen monatlich Mark. monatlich Mark. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 1,50 Mk., die Restzeile 5 Mk., Mindestbetrag 20 Zeilen. Bei der Zeitung folgende höhere Anzahl oder Vierteljahresabrechnung besteht kein Anspruch auf Befreiung. eines Auftrags 5 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt unanwendbar.

Ne. 104. Altensteig, Freitag den 5. Mai. Jahrgang 1922.

Stellung der Reparationskommission zum deutsch-russischen Vertrag.

St. P. Paris, 4. Mai. Die Reparationskommission hat an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, in der es heißt: 1) Im Artikel 2 des Vertrags von Rapallo verzichtet die deutsche Regierung auf alle Ansprüche bezüglich der Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Sowjet-Republik, die die deutschen Reichsangehörigen, ihre privaten Rechte, die Rechte des Reiches oder die der deutschen Länder betreffen. Die Reparationskommission bemerkt dabei, daß die deutsche Regierung nicht auf Rechte verzichten kann, die von dieser Regierung auf die Reparationskommission gemäß Artikel 260 des Vertrags von Versailles übertragen worden sind oder übertragen werden müssen. Um jeden Zweifel in dieser Beziehung auszuschließen, bittet die Reparationskommission die deutsche Regierung, ihr dies zu bestätigen 2) der Verzicht in Artikel 2 scheint ebensoviel auf die Rechte des Reiches und der deutschen Länder wie auch auf die der deutschen Reichsangehörigen Anwendung zu finden. Unter Bezugnahme auf Artikel 248 des Vertrags von Versailles wünscht die Reparationskommission eine vollständige Angabe aller Rechte des Reiches und der deutschen Länder zu erhalten, die den Gegenstand eines Verzichts bilden könnten, sowie der Gründe, aus denen die Zustimmung der Kommission nicht vorher eingeholt worden ist. Angeht die Tatsache, daß der Vertrag abgeschlossen wurde, ohne daß die Ansicht der Kommission vorher eingeholt worden ist, glaubt sich die Kommission zu der Annahme berechtigt, daß für das Recht des Reiches keine neue Belastung infolge des Vertrags geplant ist, sei es beispielsweise durch Entschädigungen an deutsche Reichsangehörige, sei es durch Garantien oder Subventionen, deren Gewährung zum Zweck der Beteiligung am Wiederaufbau Russlands in Aussicht genommen ist. Die Kommission wäre für ausdrückliche Versicherungen über diesen Punkt dankbar.

4) Bei voller Anerkennung der Anstrengungen, die die deutsche Regierung zur Mitwirkung am wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands und zur Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland zu machen beabsichtigt, behält sich die Kommission das Recht vor, von Zeit zu Zeit die Wirkungen zu prüfen, die sich aus der Durchführung des Vertrags von Rapallo ergeben und alle Maßnahmen zu treffen, die die Verhältnisse wünschenswert erscheinen lassen sollten, um ihre Vorrechte und die Interessen der genannten Mächte zu schützen. Es wird ausdrücklich hingewiesen, daß die Kommission in dem gegenwärtigen Schreiben sich auf die Behandlung der Fragen wirtschaftlicher Art beschränkt hat, die unmittelbar zu ihrer Zuständigkeit gehören. Ueber diese Zuständigkeit würde es offenbar hinausgehen, sich mit besonderen Fragen zu beschäftigen, die die außerhalb der Kompetenz der Kommission liegenden Bestimmungen des Vertrags von Versailles betreffen, sowie mit allgemeinen Fragen, die sich aus dem Wortlaut des Vertrags von Rapallo oder aus den Umständen ergeben, unter denen er abgeschlossen worden ist.

Die Konferenz in Genua.

Die Rede Rathenaus in Genua.
Genua, 4. Mai. Der deutsche Delegierte Reichsminister Dr. Rathenau führte in seiner geistigen Rede etwa folgendes aus: Seit zwei Jahren ist der Weltmarkt in einer bellagierten Weise gefährdet. Der Umfang des Welthandels ist wenigstens auf ein Drittel, wenn nicht gar auf die Hälfte seiner Grösse der letzten Vorkriegsjahre zusammengeschrumpft. Dieser Rückgang des internationalen Handels ist das bedenklichste Zeichen einer dauernden Verminderung der Kaufkraft, die in einer großen Teil der Welt eine verhängnisvolle Arbeitslosigkeit von außerordentlicher Ausdehnung und Dauer mit sich gebracht hat. In der Unterkommission für Arbeiterfragen sind beinahe 10 Millionen Arbeitslose in der Welt festgestellt worden. Die Gründe dieser höchst bedauerlichen Situation werden in äußerst klarer Weise durch die in Genua versammelten Sachverständigen der Welt dargelegt. Vor allem sind es die schweren Lasten, die sich aus den Verpflichtungen und aus den Folgen des Krieges ergeben. Die Sachverständigen sagen: wenn ein Land Verpflichtungen gegenüber dem Ausland hat, so müssen diese Verpflichtungen durch den Umsatz von Waren geregelt werden können. Dazu müßte der gesamte Vertrag der Welt ausfuhr verdoppelt werden, wenn die Zinsen und eine kleine Amortisationsrate aufgebracht werden sollten.

Wit davon entfernt ist der Weltmarkt, wie schon erwähnt, auf ein Drittel seines Umfangs vor dem Krieg zurückgegangen. Dies hat so bedauerliche finanzielle Folgen nach sich gezogen, wie unsere Kommission sie in so klarer Weise dargelegt hat. Die riesigen Lasten, unter denen die europäischen Nationen zu leiden haben, führen einerseits zu den schwereren Störungen der Märkte in den Gläubiger-Ländern und damit im Endresultat zu einer stark verminderten Kaufkraft in allen Ländern. Es verwandelt sich die Lasten der internationalen Verschuldung in eine große Krise. Das wird nicht aufhören, solange die Völker Europas einer Gruppe von Männern gleichen, die gewaltsam in einem engen Raum eingeschlossen sich gegenseitig an der Quelle fassen, anstatt gemeinsam ihre Befreiung zu erwirken. Alles das ist in der Theorie klar anerkannt und zum Teil nicht erst seit heute. Was uns bisher fehlte, ist die Praxis. Unsere Sachverständigen sagen uns, die Krise kann durch finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen geholt werden. Die Wiederherstellung der Weltfreiheit der Handelsmärkte muß zu gleicher Zeit erfolgen. Jeder Stärkere muß dem Schwächeren zu Hilfe kommen. Von dieser Konferenz erwartet die Welt nicht nur die Thesen und Theorien. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Vertreter der großen Nationen gegenüber den unerbittlichen Tatsachen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens den Willen zu einer energischen und schleunigen Zusammenarbeit finden werden. — Die Ausführungen des deutschen Delegierten wurden mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt.

Wirth und Rathenau bei Lloyd George.
Genua, 4. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth und Außenminister Rathenau sind für heute vormittag von dem englischen Ministerpräsidenten zu einer Besprechung eingeladen worden. Es handelt sich um eine Aussprache über die innere Lage in Deutschland im Zusammenhang mit der deutschen Außenpolitik. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß Wirth und Rathenau in dieser Besprechung auch das Reparationsproblem ansprechen werden. — Bisher ist eine Entscheidung des Pariser Kabinettsrats über die Ablehnung oder die Annahme des zweiten Teils des Memorandums über das russische Problem in Genua nicht eingetroffen. Es verlautet nur, daß Poincaré und die Mehrzahl der Minister der Ansicht sind, daß Belaien nicht im Blick gelassen werden kann.

W. B. Berlin, 5. Mai. Die Blätter messen der gestrigen Unterredung zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth, dem Minister des Innern Dr. Rathenau und Lloyd George eine große politische Tragweite bei. Bei der Besprechung wurden alle Probleme berührt, die bisher die Konferenz beschäftigt haben. Der Reichskanzler schilderte ausführlich in sehr engen Darlegungen die Situation in Deutschland und äußerte im Zusammenhang damit die Absicht, nach Berlin zu reisen. Lloyd George bewog darauf in eindringlicher Weise den Reichskanzler, die Abreise nach Berlin aufzuschieben, was dieser, nach Berichten der Blätter, auch zugesagt haben soll. Abendessen beim Konferenzpräsidenten.

Genua, 4. Mai. Gestern abend fand im Eden-Hotel ein Essen des Präsidenten de Facta und des Außenministers Schanzer statt, an dem die Spitzen der deutschen Delegation, Reichskanzler Dr. Wirth und Außenminister Rathenau teilnahmen.

Ein Brief Lloyd Georges an Poincaré.
Mailand, 4. Mai. Nach dem „Corriere della Sera“ hat Barthou an den Ministerpräsidenten Poincaré einen Brief Lloyd Georges mitgenommen. In dem Briefe George die Wiedergutmachungen mit den interalliierten Schulden in Zusammenhang bringt. Er weist darauf hin, daß die Fälligkeiten vom 31. Mai eine gute Gelegenheit wären, um das System der deutschen Wiedergutmachungskommission die Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellen zu lassen. In diesem Schreiben erklärt Lloyd George ferner die Einigung zu einer gewissenhaften Prüfung des Entwurfs des englischen Finanzsachverständigen Bladett für die Reorganisation der Wiedergutmachungen und die alliierten Schulden.

Tschitscherins Antwort an den Papst.
Genua, 4. Mai. Der russische Delegierte Litwinow erklärte auf Befragen zu dem Briefe des Papstes an den Erzbischof von Genua, daß derselbe auf Tschitscherin einen sehr guten Eindruck gemacht habe. Die Sowjetregierung erkenne die große moralische Autorität des Papstes voll und ganz. Wegen einiger rein religiöser Fragen seien besondere Verhandlungen mit dem Vatikan in Aussicht genommen, die Tschitscherin persönlich in Rom zu führen gedenke.

Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen.
Paris, 4. Mai. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ meldet, Staatssekretär Bergmann sei von dem belgischen Vertreter im Wiedergutmachungsausschuß, Delacroix im Einverständnis mit den anderen Verbündeten eingeladen worden, zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Ausschuh nach Paris zu kommen. Es handelt sich besonders um einen deutschen Plan für eine internationale Anleihe, den Bergmann mit dem französischen Sachverständigen Sedoux besprochen haben soll. Nach der Meldung des „Journal“ schlägt Deutschland eine internationale Anleihe von 4 Milliarden Goldmark vor.

Die Abgabe Poincarés an Lloyd George.
Genua, 4. Mai. Infolge des Beschlusses des französischen Ministerrats, an keiner Besprechung über die Reparationsfrage vor dem 31. Mai teilzunehmen, wurde Lloyd George von Poincaré dahin verständigt, daß er vor dem 31. Mai an keiner Sitzung der Signatarmächte des Versailler Vertrags teilnehmen könne. Bis dahin müsse die Reparationskommission die Angelegenheit in der Hand behalten. Lloyd George betonte in seiner Antwort, daß er voraussichtlich im Juni zu einer Besprechung nicht mehr abkommen könne.

In französischen Konferenzkreisen wird ferner behauptet, daß auch der Weltfriedensvertrag nicht mehr in Genua zur Sprache kommen werde, da dieser Punkt nicht in den Beschlüssen von Cannes vorgesehen sei. Sollte Barthou nach Genua zurückkehren, so werde er diesbezüglich ganz genaue Instruktionen von Poincaré mitnehmen. In englischen Konferenzkreisen wird dagegen diese Ansicht durchaus nicht geteilt und Lloyd George steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß zum mindesten der Weltfriedensvertrag noch in Genua geschlossen werden müsse. Auch die Versammlung der Signatarmächte wünscht Lloyd George noch vor dem 31. Mai in Genua, oder in einem Ort in der Nähe herbeizuführen.

Ein unannehmbar der Russen?
Paris, 4. Mai. Wie die „Humanite“ aus Genua erfährt, haben sich Tschitscherin und Kaloniski zu dem alliierten Memorandum geäußert und erklärt, daß dasselbe, wie es sich gegenwärtig darstelle, für die Russen unannehmbar sei. Tschitscherin hat weiter der Presse folgende Erklärung abgegeben: Der Westen verschmäht die Hilfe für seine kleinen Sparer, die russische Staatsbankiere haben und unterstützen nur das an Russland interessierte Großkapital.

Neues vom Tage.

Hermes Bericht über Genua.
Berlin, 4. Mai. Gestern nachmittag trat das Reichskabinett zusammen, um sich mit den Beamtenfragen zu beschäftigen. Außerdem befaßte man sich mit dem Verlauf der Genuaer Konferenz. Um 6 Uhr empfing der Reichsfinanzminister Dr. Hermes die Parteiführer. Die Deutschnationalen waren durch Hergt und Säulig Bromberg, die Deutsche Volkspartei durch Beder Deffen und Remdes, die Demokraten durch Koch, Beterien und den Grafen Bernstorff, das Zentrum durch Schain, Marx und Beder-Arnberg, sowie Guerard, die Sozialdemokraten durch Hermann Müller und Wels, die Unabhängigen durch Moses und Frau Sander vertreten. Die Kommunisten waren nicht erschienen. In dieser Sitzung erstattete Reichsfinanzminister Dr. Hermes eingehend Bericht über den Verlauf der Konferenz von Genua. Im besonderen schnitt er die finanziellen Fragen an. In politischen Kreisen hält man die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses nicht für ausgeschlossen. Zwar soll in der Hauptsache die oberste Frage erörtert werden, doch wird sich die Einberufung der Konferenz von Genua in die Beratung der Sitzung nicht vermeiden lassen.

Die Heimkehr der letzten Deutschen aus Russland.
Moskau, 4. Mai. Wie die „Ruh-Brief“ zu berichten weiß, hat die Sowjetregierung den Beschluß gefaßt, die Heimsendung der letzten durch den Krieg nach Russland verschleppten Ausländer durchzuführen. Zuerst wird die Heimsendung der Franzosen erfolgen, darauf die der in Russland noch lebenden deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen. Die letzten Deutschen werden im Juni, die letzten Österreicher im Juli nach ihrer Heimat abgeschickt werden.

Der deutsch-belgische Schlafwagen-Projekt.
Genf, 4. Mai. Am Mittwoch begann der von der Internationalen belgischen Schlafwagen-Gesellschaft gegen das Deutsche Reich angestrebte Prozeß, in welchem die Schlafwagen-Gesellschaft die Herausgabe von



ungefähr 200 Wagen, die während des Krieges sequestriert worden sind sowie ferner eine vollständige Entschädigung für den erlittenen Schaden fordert. Die Verhandlungen finden vor dem gemischten Schiedsgericht statt, dessen Vorsitz der Dekan der juristischen Fakultät der Universität Genf, Morand, führt. Als deutscher Schiedsrichter ist Oberlandesgerichtsrat Hoene, als belgischer der frühere Professor an der Universität Genf, A. Rolin, tätig. Der erste Rechtsanwalt der internationalen Schiedsgerichtsgesellschaft, Paul Hymans, der frühere belgische Außenminister, hob in seiner gestrigen 3/4stündigen Einleitungsrede, die ziemlich positiv gehalten war, hervor, daß die Schiedswagen, die in Deutschland zugunsten eines Konturrenten, d. h. der Nitroba, verlehren, der belgischen Gesellschaft zurückgegeben werden müßten und daß seiner Ansicht nach die ganze Angelegenheit nicht vor ein Schiedsgericht gehöre, sondern entsprechend den Bedingungen des Versailles Vertrages geregelt werden müsse. — Hymans wird am heutigen Vormittag seinen Vortrag fortsetzen. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen ungefähr 10 Tage in Anspruch nehmen werden.

England als Gläubiger.

London, 4. Mai. Die Finanzminister Horne im Unterhaus mittelste, hat England während des Krieges den verschiedenen Ländern folgende Summen vorgeschossen: Rußland 655 Millionen, Frankreich 584 Millionen, Italien 503 Millionen, Jugoslawien 25 Millionen, Portugal, Rumänien, Griechenland und anderen Ländern 67 Millionen Pfund.

Der Korrespondent der „Times“ in Genoa behauptet, daß die Bolschewisten die Vertagung der Konferenz um 6 Monate oder noch länger vorschlagen wollen. Das letzte Volkswort der irischen Aufständischen gefallen.

London, 4. Mai. Die Blätter melden über die Kämpfe zwischen den irischen Freistaatstruppen und den Rebellen, daß das Schloß Ormonde, das letzte Bollwerk der Rebellen, nach heftigem Kampfe von den Truppen des irischen Freistaats wieder genommen worden ist. Seit Beginn des Kampfes am Dienstag vormittag haben die Freistaatstruppen 250 Gefangene gemacht. Das Parlament hat beschlossen, einen Waffenstillstand zwischen beiden Parteien zustande zu bringen.

Zusammenschluß der Deutschen in Rußland.

Moskau, 4. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat dort die Gründung einer „Deutschen kulturell-wirtschaftlichen Gesellschaft“ stattgefunden, die in kürzester Zeit in sämtlichen von Deutschen bewohnten Städten Rußlands Ortsgruppen zu errichten gedenkt. In den Satzungen der Gesellschaft heißt es u. a.: „Die deutsche kulturell-wirtschaftliche Gesellschaft setzt sich das Ziel, das kulturelle und wirtschaftliche Niveau der deutschen Bevölkerung in der russischen Sowjetrepublik zu heben. Zur Erreichung dieses Zieles befreit die Gesellschaft alle Rechte, die auf Grund der zukünftigen und bestehenden Gesetze des kulturellen, genossenschaftlichen, gewerblichen und handelsrechtlichen Organisationszustandes sind.“ Weiter wird ausgeführt, daß die genannte Gesellschaft Schulen, Klubs, Lesekäuser, Bibliotheken, Genossenschaften, Krankenhäuser, Ambulatorien usw. ins Leben rufen darf. Als nächst zu verwirklichendes Ziel hat die Gesellschaft es sich zur Aufgabe gemacht, in Moskau ein „Deutsches Institut“ ins Leben zu rufen, dessen Zweck in der Ausbildung deutscher Lehrer für die deutschen Schulen in Rußland besteht wird. Gegenwärtig besteht in Moskau bereits eine deutsche Mittelschule; nun soll dieser Schule ein deutsches Lehrerseminar angegliedert werden. Trotz der schweren finanziellen Lage hat das Volkswirtschaftsministerium sich bereit erklärt, das Unternehmen finanziell zu unterstützen; außerdem hofft man in Deutschland Unterstützung zu finden. Mit Genehmigung der Sowjetregierung haben sich dieser Tage einige Moskauer Deutsche nach Deutschland begeben, um dort die notwendigen Bücher, ein Laboratorium und andere Lehrmittel einzukaufen.

Mus Stadt und Land.

Montag, 5. Mai 1922.

* **Uebertreten** wurde dem Regierungsrat Dr. Fil. Finayawitsch vorsteher in Altensteig, die Vorsteherstelle bei dem Finanzamt Ebingen.

* **Die Dienstsprüfung** für die Gerichtsvollzieher hat folgenden: Federmann, Martin, von Altheim, O. K. Galm und Vincow, Hermann, von Galm.

P. B. Gemeinderatsitzung vom 3. Mai. Anwesend der Vorsitzende und 13 Mitglieder. Zu Beginn der Sitzung ist auf Grund des abgeänderten Landessteuergesetzes zu der Frage der Erhöhung der Wohnsteuer und der Hundabgabe Stellung zu nehmen. Der Gemeinderat beschließt mit Wirkung ab 1. April 1922 die Wohnsteuer auf M. 10 bzw. M. 5 für Einzelpersonen, zu erhöhen, sowie die Hundabgabe auf M. 100 für einen Hund und M. 150 für jeden weiteren Hund festzusetzen. — Die heute beantragte Korrektur des Nagoldflusses vom Dirschtweg bis zur Kanthausbrücke, sowie die Weiterführung der bereits ausgeführten Nagoldkorrektur soll wegen anderweitigen dringlicheren Aufgaben vorläufig zurückgestellt werden. — Für die Kapitalleihenrentenerfassung werden vom Reich und vom Staat Mittel zur Verfügung gestellt, sofern von den Gemeinden für diesen Zweck ebenfalls ein Drittel aufgewendet wird; Beschluß den diesbezüglichen Zuschuß aus der Stadtkasse zu leisten. — Auf das Ausschreiben bezüglich der Gewährung von Zuschüssen an Minderbemittelte zur Milchbeschaffung sind zahlreiche Anmeldungen eingegangen. Es wird beschlossen einen Zuschuß von 60 Pfg. auf das Liter Milch und pro Tag an die hierfür in Betracht kommenden minderbemittelten Familien und Personen zu bewilligen. — Forstmeister Müller berichtet über eine abermalige Erhöhung der Holzhanerlöbne, welche antragsgemäß Genehmigung findet. — Das für die Brennholzversorgung der Einwohnerschaft bereit gestellte Brennholz kommt nächster Tage zur Ausgabe; die weiter in Aussicht genommene Strohholzwweisung kann Umstände halber erst zu einem späteren Termin erfolgen, der Preis für letzteres wird festgesetzt auf M. 100 aus den hinteren und M. 120 pro Rm. aus den vorderen Waldvikarien, was den Selbstkosten für Aufbereitung entspricht.

— Obersteuerrat Müller hier bittet, zur Erstellung eines Wohnhauses am künstlichen Ueberflutung eines städtischen Bauplatzes in der Höhenbergstraße, der seinerzeit mit dem Gasthaus zur Wanne von der Stadtgemeinde erworben wurde. Dem Gesuchsteller wird eine Fläche von 5 Ar 40 pm dieses Grundstücks zu den üblichen Preisen und Bedingungen künstlich zugesichert und ein weiteres Nebenrecht anschließendes Gelände zunächst pachtweise überlassen. — Ein Afford über Biserung und Weisung von Kalksteinen zu einer Vorlage in der Poststraße, ebenso die Vergebung der Arbeiten zur Erstellung eines Fußgängersteiges über die Nagold bei der Wadensbühl werden genehmigt. — Die Sitzung findet ihren Abschluß durch die Einweisung der städt. Beamten in die neuen ab 1. April 1922 geltenden Gehaltsbezüge. Auch den übrigen städt. nicht pensionsberechtigten Angestellten wurde ebenfalls eine Erhöhung ihrer Bezüge zu Teil und dem Stadtschultheißenamtssekretär Nuy der Titel eines Obersekretärs verliehen.

— 1922 ein gutes Obstjahr? Das vorige Jahr brachte mirren Obstbäumen einen besonders günstigen Fruchtansatz, nach welchem für dieses Jahr ein sehr gutes Obstjahr zu erwarten wäre. Da ein großer Teil der Obstbäume schon in Blüte steht und die Bienen zum Ausflug bereit sind, steht der Obstzüchter statt des fühlten, regnerischen April gerade jetzt warme, sonnige Tage herbei.

— **Neue Erleichterungen für die Ausbildung** der Kriegsteilnehmer zur juristischen Laufbahn. Nach dem Reichsgesetz über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt vom 19. April 1919 konnte Rechtsstudierenden, deren Ausbildung durch die Teilnahme an Kriegen eine Verzögerung erlitten hat, der juristische Vorbereitungsdienst nur insoweit gekürzt werden, als nicht schon das dreijährige Rechtsstudium durch die Anrechnung von Zwischenjahren eine Abkürzung erfahren hatte. Diese Einschränkung ist nunmehr durch das Reichsgesetz vom 12. April 1922 beseitigt worden. Das Justizministerium hat daher im Benehmen mit den Ministerien des Innern allgemein verfügt, daß künftig auf Antrag eine Kürzung des dreijährigen Vorbereitungsdienstes um höchstens 1 Jahr, soweit dies zum Ausgleich einer durch den Kriegsdienst verursachten Verzögerung der Ausbildung erforderlich ist, auch dann stattfinden kann, wenn bereits das Rechtsstudium durch die Anrechnung von Zwischenjahren gekürzt worden ist. Referendare haben ihre Anträge spätestens bis Anfang Mai ds. Js. beim Justizministerium einzureichen.

— **Eisenbahnfrage.** Zur Beschleunigung des Wagenumlaufs müssen, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, die Wagenbestellungen in Zukunft etwa eine Stunde früher als bisher bei den Güterstellen angebracht werden. Die letzteren erteilen nähere Auskunft.

* **Waldberg, 2. Mai.** (Sitzung.) Nachdem nun die Wahl des neuen Stadtvorstands ihre Beschäftigung gefunden hat, wird dieser am 15. d. M. in sein Amt eingesetzt werden. Zur Verabschiedung des bisherigen Stadtvorstands, Herrn Stadtschultheiß Wülfli, der das Amt seit 1. Oktober u. J. als Amtsvorsteher versah, fand am Samstag abend eine Sitzung des Gemeinderats statt, in welchem Herr Gemeinderat Rau die großen Verdienste des Scheidenden um die Stadt hervorhob und ihm den Dank der Einwohnerschaft darbrachte. Als Zeichen des Dankes überreichte ihm sodann der Gemeinderat ein von Kunstmalerei Weishaar hier angefertigtes Gemälde, den Dank darstellend. Anschließend an diese Sitzung brachte sodann der „Biedertrons“ dem Scheidenden Stadtvorstand ein Ständchen und ernannte ihn als Mitbegründer des Vereins zum Ehrenmitglied.

* **Calw, 4. Mai.** (Goldene Hochzeit.) Die goldene Hochzeit konnten in letzter Zeit zwei Ehepaare feiern und zwar der Bahnbeamte Joh. Martin Wirth mit Frau, sowie der Bahnbeamte Joh. Christian Benz mit Frau.

* **Freudenstadt, 4. Mai.** (Wegen Teuerung, Schieber und Wucherer.) Gegen Teuerung, Schieber- und Wucherer hat der Gemeinderat folgende Eingabe an das Staatsministerium zu richten beschlossen: „Die Preissteigerung auf allen Gebieten des täglichen Lebens, namentlich aber des Fleisches, erfüllt uns mit größter Besorgnis, da sie unheilvolle Folgen zeitigen muß. Wir bitten die Staatsregierung dringend um energische Maßnahmen von Land und Reich gegen die Teuerungursachen und besonders gegen die Schieber- und Wucherer vorzugehen.“

Freudenstadt, 4. Mai. (Wechsel in der Güterbesorber.) — Gründung einer Freien Konditoren-Vereinigung. Die hiesige Güterbesorbererei der Firma Gebr. Fischer, deren Inhaber gesundheitshalber von seinem Amt zurückgetreten ist, wird ab 1. Juni auf Gebr. Wirth, Eöhne des Gemeinderats Gottlob Wirth, übergehen. — Unter dem Vorst. von Kurtmann Dr. Müller fand am vergangenen Donnerstag im Saale des Hotels Herzog Friedrich in Freudenstadt die Gründung einer Freien Konditoren-Vereinigung für die Oberamtsbezirke Freudenstadt, Calw, Horb, Nagold, Neumarkt sowie der Städte Alpirsbach und Schramberg statt. Als Vereinigungsvorstand wurde Konditormeister Eugen Schmid Freudenstadt gewählt.

Die Wirtin z. goldenen Lamm.

Kriminalroman von Otto Hader.

(20)

(Nachdruck verboten.)

Blühlich fragte der Amtsrat. Eben hielt ihm der Schuster gerade einen derben Stiefel vor, der stark beschmutzt erschien. Die Sohle war stark zerblättert und gerade an der Spitze fehlte der mittlere Nagel. Sofort zog Martini die von ihm im Walde wiederholt sorgfältig aufgenommene Spur hervor; sie stimmte in ihren Umrissen mit dem Stiefelpaar überein.

Kopfschüttelnd beobachtete ihn der Schuster. „Das sind Krämer Jungnickels Stiefel,“ meinte er dann zögernd. „Wann ich sie in Arbeit bekommen habe? Gestern abend, so um acht herum. Die Frau brachte sie. Ihr Mann will sie heute mittag wieder haben, er muß nach der Kreisstadt hinunter, sonst ich weiß.“

„Vorläufig werden wir diese Stiefel an uns nehmen und dem Krämer unverzüglich einen Besuch abstatten,“ entschied der Amtsrat, indem er das Paar einem der mitgekommenen Gendarmen einhändigte.

„Machen Sie doch keine Geschichten, Herr Amtsrat,“ klotterte der überraschte Schuster. „Sie denken doch nicht etwa gar, Jungnickel könnte —“ Er stockte als ob er Bedenken trüge, mehr zu sagen, dann aber setzte er treuherzig hinzu: „Der Krämer war's nicht, der ist eine eheliche Haut, was Bürgermeister?“

Jedoch der Amtsrat gab ihm keine Antwort; er hatte sich bereits abgewendet und verließ mit seinen Begleitern das Haus.

Sie hatten nur wenige Schritte weit bis zu dem Jungnickelschen Anwesen zu gehen. Es war ein niedriges Bauernhaus wie die anderen im Dorfe auch, nur daß im Erdgeschoss sich der Krämerladen befand.

Auf der einen Seite stieß das Haus an ein Waagbargebäude, auf der anderen war es frei gelegen. Eine breite Einfahrt führte in den Hof und rückwärts an diesen schloß sich ein winterlich verschneiter Garten, der sich bis zum Dorfbach hingog. Hinter diesem streckte sich, steil bergan kimmender Bergwald.

Amtsrat Martini trat mit seinen Begleitern nicht direkt ins Haus, sondern schritt die Einfahrt entlang, durchmaß den Hof und trat durch ein nur angelehntes Gatter in den Garten. In diesem lag der Schnee knietief. Der mitten zwischen den Beeten nach dem Bachufer durchführende Weg war zerstampft, wie wenn Kinder darauf gespielt hätten, man mochte aber auch geflüstert eine Spur zertreten und unkenntlich gemacht haben. Wegen den Bachlauf zu, senkte sich der Garten.

Immer den Blick zu Boden geheset, schritt der Amtsrat langsam voran. Der Bach war zugefroren und mit einer dicken Schneekruste überzogen. Immer weiter schritt der Amtsrat. Nun hatte er den Waldsaum erreicht. Da fragte er. Unverkennbar deutliche Trittschritte wurden sichtbar. Ein flüchtiges Triumphschädeln umspielte die geschlossenen Lippen des Richters. Er hatte gefunden, was er gesucht; dieselbe Fußspur wie am Tatort offenbarte sich seinen Blicken. Die Fußspitzen gingen in der Richtung nach dem Gehöft des Krämers, sie kamen vom Walde und ließen sich unschwer eine ganze Weile verfolgen.

Martini winkte den Bürgermeister zu sich heran; er wies auf die bergabwärts führenden Spuren. „Von dorthier kam der Mörder. Er hat die Dorfstraße umgangen, vermutlich, um bei seiner Heimkehr nicht beobachtet werden zu können.“

Als Martini mit seinen Begleitern in rascher Gangart nach dem Gehöft zurückkehrte und eben den Hofraum durchschritt, erblickte er hinter einem Fenster des Oberstockes ein bleiches, jugendliches Frauenantlitz von hoher Schönheit, das wahrscheinlich schon seit

längerer Zeit sein Tun beobachtet hatte, sich nun aber bei seiner Annäherung schnell hinter die Gardine zurückzog.

Der Bürgermeister war der Richtung seines Blickes gefolgt. „Das war die Frau Jungnickels,“ erklärte er.

Ein rasches Juden ging durch das kluge Gesicht des Richters. Er sagte aber nichts, sondern trat durch den Hofeinfahrt in das Gebäude ein. Fast unter der Tür traf er mit dem Krämer zusammen, der sein Kommen schon erwartet zu haben schien. Es war dies ein städtischer Mann mit intelligenten Gesichtszügen und dem Neuhieren eines schneidigen Fortmannes; seine Erscheinung machte einen gewinnenden Eindruck.

„Sie sind der Krämer Jungnickel?“ wendete sich der Amtsrat ohne weiteres an ihn, ihn scharf dabei ins Auge fassend.

„Zu dienen, Herr Amtsrat, Sie müssen mich überhaupt kennen, denn ich habe leider schon wiederholt als Beklagter vor Ihnen gestanden.“

„Allerdings, Sie sind Ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen und einige Male verurteilt worden. Vor etwa einem Jahre habe ich Sie auch einmal in einer Strafsache verantwortlich vernommen. Sie waren der Bilddieberei beschuldigt.“

„Das stimmt. Man hat aber die Untersuchung einstellen müssen.“

„Allerdings, man hat Ihnen nichts nachweisen können.“ Des Amtsrats Blick haftete auf den derben Stiefeln, welche Jungnickel trug. „Heben Sie einmal den linken Fuß auf, damit ich die Stiefelsohle sehen kann,“ gebot er.

Ueberrascht gehorchte Jungnickel. Ein flüchtiger Vergleich genügte zu der Feststellung, daß er zu der Trittspur passendes Schuhwerk trug. Der an der Spur vermehrte Nagel war indessen vorhanden.

Fortsetzung folgt.

Stingen, 4. Mai (Brandstiftung). Das Auto des Fabrikdirektors Max Müller ist dadurch in Brand geraten, daß zwei jüngere Leute, die sich in Streit begeben, beim Vorübergehen das vom Chauffeur ausgeführte Benzin mit einem Streichholz anzündeten, so daß die Flamme auf dem Boden sofort bis in die Autokaroselle fortplante und das Auto in Brand geriet. Die beiden Täter wurden vorläufig festgenommen.

Schweningen, 4. Mai (Leichenfund.) An der Burg Höhenbach wurde an einem Baum ein gut gekleideter junger Mann erhängt aufgefunden. Außer Geld und man in seiner Brieftasche ein sehr gutes Zeugnis und man auf den Namen Franz König aus Rothweil. Bei der so unglücklich aus dem Leben geschiedene junge Mann ist, wird die Untersuchung ergeben.

Vom Heuberg, 4. Mai (Das Kinderheim) Im Kindererholungsheim, das für 3000 Kinder Raum bietet, sollen heuer in Abteilungen 5019 Kinder aus Württemberg und 5199 aus Baden Erholung und Unterhalt finden. Die Milchversorgung wurde von benachbarten Gemeinden Württembergs, Badens und Hohenzollerns übernommen.

Nedarhausen i. Hohenz., 4. Mai (Sommerzug überfahren.) Am Montag abend wurde auf der Bahnstation Schreinermeister Gennert von Abtsgmünd überfahren. Er wollte noch aussteigen, als der Zug in Bewegung war, kam zu Fall und wurde vollständig getötet. Er hinterläßt zahlreiche unverheiratete Kinder.

Vom Metallarbeiterstreik

Stuttgart, 4. März. Eine am Mittwoch nachmittag auf dem Schlossplatz gehaltene Versammlung der Metallarbeiter hat in einer Entschliessung zum Ausdruck gebracht, daß sie gewillt ist, den Kampf solange fortzusetzen, bis die 48stündige Arbeitswoche gesichert ist und in der Lohnfrage den Verhältnissen entsprechende Zugeständnisse erreicht sind. Die Streikleitung wurde beauftragt, den Kampf in verstärkter Form weiterzuführen und alle Maßnahmen gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für die Verbreiterung des Kampfes zu treffen. In allen Städten Deutschlands sollen öffentliche Versammlungen abgehalten werden, um die gesamte deutsche Arbeiterschaft für den süddeutschen Metallarbeiterkampf mehr wie bisher zu interessieren und die notwendige Auffklärung zu schaffen. Zu dem Vermittlungsvorschlag des Oberbürgermeisters Lautenschlager wurde in einer weiteren Entschliessung festgestellt, daß dieser Vorschlag keine Vermittlung, sondern eine einseitige Stellungnahme zugunsten der Unternehmer sei; der Oberbürgermeister hätte sich zum mindesten neutral verhalten müssen. Die sofortige Zurücknahme dieses Vorschlags in aller Öffentlichkeit müsse verlangt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so müsse die gesamte Arbeiterschaft Groß-Stuttgarts dem Oberbürgermeister das größte Mißtrauen ausdrücken.

Aus Ludwigsburg wird der „B. Btg.“ berichtet: In den letzten Tagen haben hier scharfe Auseinandersetzungen innerhalb des Metallarbeiterverbands stattgefunden, worauf die Belegschaft aller dortigen Metallwarenfabriken den Beschluß gefaßt hat, am heutigen Donnerstag die Arbeit unter Anerkennung der 48-Stundenwoche wieder aufzunehmen. Die Belegschaften erschienen Donnerstag vormittag vollständig zur Arbeit. Der Metallarbeiterverband hatte jedoch vor jeder Fabrik einige 100 Mann auswärtiger Arbeiter aufgestellt, die mit Gewalt den Zutritt zu den Fabriken verhinderten.

In Stammheim bei Ludwigsburg hat der Gemeinderat einstimmig die Unterstützung der streikenden Metallarbeiter in der Weise beschlossen, daß jeder Familie mindestens ein Raummeter Holz zum Minderbrennstoffpreis zugewiesen, die Milch zu halberem Preis abgegeben und die Rechnung für Gas gestundet werden soll.

Die Ortsgruppen Kalen, Ravensburg und Friedrichshafen des christlichen Metallarbeiterverbandes haben den Beschluß gefaßt, den Vergleichsvorschlag des Oberbürgermeisters Lautenschlager anzunehmen. Sie erklärten sich bereit, auf dieser Grundlage die Arbeit wieder aufzunehmen.

Mannheim, 4. Mai. Im Schlosshof fand eine Versammlung der streikenden Metallarbeiter statt, bei der die Mitglieder der Arbeiter namens der Streikleitung beschloß, den Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums als Verhandlungsbasis anzuerkennen, wie das von den württembergischen und bayerischen Metallarbeitern geschieht. Lebhafteste Zwischenrufe aus der Versammlung zeigten aber, daß die Streikenden diesen Vorschlag Bräunners nicht zustimmten.

Grundsätze für den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Die Ministerkonferenz in Würzburg, die am 28. und 29. April d. J. unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hermes stattfand, stellte als das Ergebnis einer eingehenden Aussprache folgende Grundsätze für den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden fest:

1. Der Finanzausgleich muß, soweit die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse es irgend gestatten, der Selbständigkeit und Selbstverantwortung der Länder und Gemeinden in höherem Maße Rechnung tragen, als das nach den geltenden Vorschriften der Fall ist. Wenn auch in erster Linie überall auf sparsame Wirtschaft Bedacht zu nehmen ist, so erfordert die überaus starke Steigerung der Ausgaben doch eine weitestgehende Berücksichtigung als bisher. Die Lösung der Frage muß sowohl bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben einengen und zwar 1. bei den Einnahmen: a) durch Erweiterung der steuerlichen Aufschlagssätze der Länder und Gemeinden, b)

durch Erhöhung ihrer Anteile an den Reichsteuern; 2. bei den Ausgaben: a) durch Vermeidung reichsgerichtlicher Maßnahmen, die den Ausgabenkreis der Länder und Gemeinden erweitern, ohne gleichzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge zu tragen; b) durch eine Entlastung der Länder und Gemeinden von den Mehrausgaben für die Erhöhung der Beamtengehälter.

II. Im Rahmen ihrer eigenen Steuerverwaltung sollen Länder und Gemeinden die Ertragssteuern nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in vollem Umfang ausschöpfen.

Gebilligt werden die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums in Ansehung 1. der Schenksteuer und der Getränkesteuer der Gemeinden, 2. der Viehsteuer, insbesondere für die Zwecke der Gemeindeverbände, 3. der Fahrzeugsteuer zur Deckung der Wegunterhaltungskosten. Erhöht ist ferner die Uebervorfahrung der Kennzeichensteuer mit ihrem vollen Betrage an die Länder.

III. Eine Erhöhung der Anteile an den Reichsteuern ist in mehrfacher Hinsicht anzustreben.

1. Auf seinen Anteil an der Grundsteuer will das Reich in weitgehendem Umfang zugunsten der Länder und Gemeinden verzichten.

2. Der Landesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist von zwei Dritteln auf drei Viertel zu erhöhen.

3. Um die Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer in weitestem Umfang zu beteiligen, ist eine Erhöhung des Steuerfußes von 2 auf 2½ Prozent erforderlich.

IV. Dem § 52 des Landessteuergesetzes ist eine Fassung zu geben, welche die Verpflichtung des Reiches, bei Zuweisung neuer Aufgaben an die Länder und Gemeinden für Deckung der Kosten zu sorgen, klar zum Ausdruck bringt.

V. Das Reich gibt aus Anlaß der Erhöhung der Beamtengehälter Zuschüsse auf Grund von festen Richtlinien, wie es bereits in der Erklärung der Reichsregierung vom 10. November 1921 vorgegeben war. Dabei wird vorbehaltlich der näheren Beratung im Reichsrat von folgenden Grundsätzen auszugehen sein:

1. Bei der Feststellung der Zuschüsse ist auszugehen von der Zahl der Beamten und ihrer Einreihung in die einzelnen Besoldungsgruppen nach Maßgabe des Standes an bestimmten, jährlich wiederkehrenden Stichtagen. Als Stichtag wird erstmalig der 1. April 1922 in Aussicht genommen. Für den Begriff der Beamten und die Berücksichtigung der Ruhegehaltsempfänger, der Hinterbliebenen und der Angestellten gelten die bei den Beratungen im Reichsrat abgegebenen Erklärungen der Reichsregierung; Beamte und Angestellte der Betriebsverwaltungen schreiben aus. Die Länder teilen die sich hiernach ergebenden Zahlen dem Reich mit. Das Sperrgesetz bleibt unberührt.

2. Der Ausgleichsbetrag, der bei der Bemessung der Zuschüsse zugrunde zu legen ist, ergibt sich aus dem Vergleich der Höhe der von den Ländern und Gemeinden getragenen Beamtensoldungen nach dem Stande vor der Befoldungsreform vom 1. Oktober 1921 (Mittelhalt) mit dem jeweiligen Stande der Beamtensoldungen.

3. Von der nach Maßgabe des Ausgleichsbetrags zu 2 sich ergebenden Kopfquote sind Abschläge vorzunehmen, die den Mehreinnahmen der Länder und Gemeinden aus den Mehreinzugängen an Einkommensteuer infolge der Befoldungserhöhung Rechnung tragen und für die Länder und Gemeinden einen Anreiz zu Ersparnissen auf dem Gebiete der Beamtensoldung geben.

Mit diesen Beschlüssen befreit die Versammlung erneut die einstimmige Ueberzeugung, daß Reich, Länder und Gemeinden als untrennbares Ganzes sich finanziell eng verbunden fassen und deshalb in freier Vereinbarung und in Würdigung ihrer gegenseitigen Bedürfnisse den Weg aus der Not der Zeit suchen und finden müssen.

Vermischtes.

Autounfall. Am Montag nachmittag fuhr ein mit sechs Personen aus Leipzig besetztes Auto auf der Straße nach Jena zu. In der Nähe des bekannten „Hartischlöchens“ wollte das Auto ein Führerwerk überholen, dessen Führer die Hupensignale des Autos zunächst nicht beachtete. Das Auto verlangsamte deshalb seine Fahrt und als das Führerwerk schließlich nach rechts auswich, wollte der Autofahrer vorbeifahren. Blötzlich fuhr jedoch das Führerwerk wieder nach der Mitte der Straße, gerade in dem Augenblick, als das Auto vorbeifahren wollte. Hierbei streifte ein Rad des Führerwerks das Auto, dieses wurde zur Seite geschleudert und prallte mit solcher Wucht an einen Kirchsbaum, daß das Auto völlig zertrümmert und die sechs Personen auf die Straße geschleudert wurden. Einige von ihnen wurden dabei mehr oder minder schwer verletzt. Allgemeine Entrüstung erregte es, daß von später vorüberkommenden Autos (es sollen nach und nach 5 gewesen sein) kein einziges anhält, um den Verunglückten Hilfe zu leisten, obwohl die Insassen eine betrocknete und schwerverletzte Frau auf der Straße liegen sahen. Erst ein festes Auto holte einen Arzt herbei und befrachtete dann die Verletzten nach dem Jenaer Krankenhaus.

Handel und Verkehr.

Karlruhe, 2. Mai. Zufuhr zum Viehmarkt 274 Stück und zwar: 31 Ochsen, 29 Bullen, 17 Kühe, 33 Färsen, 20 Kälber, 134 Schweine. Es wurde bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht je nach Sorte: Ochsen 2400—2750, Bullen 2250—2500, Kühe und Färsen 1650—2750, Kälber 2500—2800, Schweine 2600 bis 2950, Sauen 2500—2600 M. Tendenz: langsam. Der Markt wurde nicht geräumt.

Hohe Weinpreise in der Pfalz. Die Wingervereinigung Deidesheim hat beschlossen, bei alten, wie bei neuen Weinen den Preis für ein Viertel Liter von 20 auf 40 M. zu erhöhen, sodas ein Liter auf 160 M. zu stehen kommt.

Zollarkurs am 4. Mai 1922 30 Mark.

Preiserhöhung für Weizenmehl. Die südd. Mühlen haben den Preis für Weizenmehl Spezial 0 mit Wirkung vom 3. Mai von 2035 auf 2060 M. für den Doppelzentner erhöht. Der Preis verkehrt für 100 Kilo, einschl. Sad ab Mühle. Diese Aenderung steht im Zusammenhang mit der Bewegung am Weizenmarkt. Eine Eingabe der südd. Mühlenvereinigungen bei der badischen Regierung, die sich gegen die Anfang April erfolgte Freigabe der Einfuhr von ausländischem Mehl richtete, ist abschlägig beschieden worden, weil hierfür nur die Reichsregierung zuständig ist.

Stuttgart, 4. Mai. Dem Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 49 Ochsen, 13 Bullen, 110 Jungbullen, 124 Jungkühe, 179 Kühe, 402 Kälber, 746 Schweine, 24 Schafe und 4 Ziegen, die sämtlich verkauft wurden. Erlös aus 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 2400—2650, zweite 1700—2100, Bullen erste 2000—2150, zweite 1700—1900, Jungbullen erste 2400—2650, zweite 2000—2200, dritte 1700—1950, Kühe erste 1700—1950, zweite 1300—1550, dritte 900 bis 1100, Kälber erste 2600—2700, zweite 2350—2550, dritte 2000—2250, Schweine erste 2800—2900, zweite 2200—2700 M. Verkauf: Großvieh belebt, Schweine lebhaft, Kälber langsam.

Stuttgart, 4. Mai. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Häute- und Fellauktion trat bei Kalbfellen ein Abschlag von 20 Prozent ein. Im einzelnen wurden bezahlt für Ochsenhäute (bis zu 29 Pfd.) 48.10 bis 48.40, Rinderhäute 50.15, Kuhhäute (30—49 Pfd.) 41.10—43.50, Färsenhäute (bis zu 29 Pfd.) 50.50, Kalbfelle 37—79.95, Fresserfelle 53.05, Hammelfelle 27.55, aetrodnet 35.80 M.

Beste Nachrichten

„Eine Frage des Stolzes, wie der Macht.“

Paris, 4. Mai. Ueber das Ergebnis des gestrigen Kabinettsrats schreibt der „Figaro“: Unsere Feinde aller Art können nicht mehr auf die Meinungsverschiedenheiten rechnen, die sich im Schöße der französischen Regierung ergeben könnten und fährt fort: Ob wir jetzt in Genoa bleiben u. über das europäische Schuttabkommen verhandeln oder ob unvorhergesehene Ereignisse uns zum Verlassen der Konferenz zwingen, unsere Sache ist in sicherer Hand. Belgien hat schon oft bewiesen, daß die Lösung gewisser Schwierigkeiten ebenfalls eine Frage des Stolzes, wie der Macht ist.

Frankreichs Haltung.

Paris, 4. Mai. Der Kabinettsrat hat zu dem in Genoa ausgearbeiteten Entwurf des Schuttabkommens Stellung genommen und beschlossen, ihm beizutreten unter dem Vorbehalt, daß die von Frankreich durch den Versailler Vertrag erworbenen Rechte darin ausdrücklich anerkannt und garantiert werden und daß Rußland zustimme.

Das ganze Interesse des neuen diplomatischen Aktes besteht tatsächlich darin, daß Rußland sich verpflichten werde, seine Nachbarn nicht anzugreifen und daß das für 10 Jahre als ungültig angesehen werde, was als territorialer Regime durch den Friedensvertrag von Versailles festgesetzt sei, an dem Rußland nicht teilgenommen habe. Deutschland sei demgegenüber verpflichtet, die festgesetzten Grenzen zu respektieren. Der Fall dürfe dem Recht auf Sanktionen, das die Alliierten aus dem Friedensvertrag von Versailles herleiten für den Fall, daß Deutschland sich einer Nichterfüllung seiner Verpflichtungen schuldig mache, nicht Abbruch tun.

Paris, 5. Mai. Die Minister und Staatssekretäre trafen nachmittags zu einem neuen Ministerrat unter dem Vorsitz Poincarés zusammen. Der Ministerrat nahm Kenntnis von den letzten Telegrammen aus Brüssel. Er prüfte die Haltung, die die französische Abordnung in Genoa einnehmen soll und beschloß, die mit Belgien gleichlaufende Haltung betreffend die Denkschrift an die russische Abordnung, sowie die heute vormittag von der französischen Regierung eingenommene Haltung betreffend den Garantievertrag weiterhin beizubehalten.

Ein Vorstoß Tschischerins gegen den Völkerbund.

Brno, 3. Mai. Besondere Aufmerksamkeit erregte in der heutigen Rede Tschischerins in der Vollversammlung der Konferenz die Tatsache, daß er zweimal in entschiedener Weise gegen den Völkerbund Stellung nahm und ein Zusammenarbeiten mit ihm ablehnte.

Dr. Hermes hofft auf das Zustandekommen einer internationalen Anleihe.

Berlin, 4. Mai. Die „Vossische Zeitung“ berichtet über die Unterredung, die Reichsfinanzminister Dr. Hermes gestern mit den Parteiführern hatte, daß Hermes auf das Zustandekommen einer internationalen Anleihe hoffe.

Rücktritt der brennschweizerischen Regierung.

Basel, 4. Mai. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde in der fortgesetzten Beratung des Reichs des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ein Vertrauensantrag mit 30 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Daraus trat die Regierung zurück.

Zusammengedröhen.

Berlin, 5. Mai. Nach dem Urteil der Morgenblätter ist der Proteststreik der sächsischen Arbeiter völlig zusammengedröhen. In allen sächsischen Betrieben hatten sich die Arbeitswilligen so zahlreich eingefunden, daß die Notstandsarbeiten ausreichend durchgeführt werden konnten.

Die Hochzeitsburg.

Berlin, 5. Mai. Nach Straßburger Meldungen soll, wie der „Lokalanzeiger“ meldet, die wieder aufgebaute Hochzeitsburg zum französischen Nationaldenkmal zur Erinnerung an die Wiederergewinnung Elsaßlothringens umgestaltet werden.

Druck und Verlag der B. Meyer'schen Buchdruckerei in Weiskel, für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Saul.



Ämtliche Bekanntmachungen.

**Brennstoff- (Kohlen) Versorgung
im Hausbrandjahr 1922/23.**

Die vom Oberamt bekannt gegebenen Richtlinien für das Wirtschaftsjahr 1921/22 behalten im neuen Hausbrandjahr 1922/23 bis auf Weiteres ihre Gültigkeit.

Bestellungen auf Anthrazit, Giform- und Braunkohlen- decketts sind von den Verbrauchern sofort bei den Kohlen- händlern, Darlehensklassenvereinen u. s. w. zu machen. Letztere haben über die eingegangenen Bestellungen eine Liste zu führen und dieselbe bis spätestens 15. d. M., an die Be- zugskohlenstelle einzusenden. — Rats ist dem Handel frei- gegeben.

Die Verbraucher werden aufgefordert, ihre Bestellungen nur bei einem Händler oder Darlehensklassenverein zu machen, damit Doppelbestellungen oder Lieferungen im Voraus ausgeschlossen sind.

Händler oder Darlehensklassenvereine, die bis zum 15. d. M. keine Bestell-Liste eingereicht haben, bleiben bei der Verteilung der nächsten Bezugscheinreihe unberücksichtigt.

Nagold, den 3. Mai 1922. Oberamt: Män.

Egenhausen, den 3. Mai 1922.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß es Gott gefallen hat, unsers liebe, treubeforgte Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Katharine Ehrsam

geb. Bauer,
alt Adlerswies Witwe
im Alter von 64 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Samstag nachmittag 2 Uhr.

Nagold.

Lichtspielhaus zum Löwen

Ab Freitag den 5. Mai. abends 8 Uhr

Die schwarze Rose von Cruska

Film-Drama in 6 Akten
aus altdeutscher Zeit

sowie sehr lustiges Beiprogramm

Der Hausknecht als Unikum

in 3 Akten.

Sonntag-Vorstellungen: 2.30, 4.30 u. 8 Uhr.

Jugendliche unter 17 keinen Zutritt.

Möbelschreinereien

ersparen **viel Geld** an Frachten u. Porto

wenn Sie Ihre **Mattierungen,**

Polituren, Wachsbeizen, Leim usw.

am Plage kaufen. Sie erhalten dies alles in bester

Qualität zu Fabrikpreisen bei

R. Ungerer, Nagold

Telefon Nr. 4.

Auch sämtliche technische Öle und Fette empfiehlt

Reparaturen an Nähmaschinen,

Schuhmachermaschinen werden von tüchtigem Mechaniker und Fachmann

im Hause

gemacht. Angebote wolle man gef. an die Zeitung abgeben.

Turnverein Altensteig. Gut Heil!

Morgen Samstag Abend
1/9 Uhr

Monats-Versammlung
im Lokal.

Am nächsten Sonntag
den 7. Mai findet bei jeder
Witterung unsere

Gau- Wanderung (Mai-Tourgang)

nach Schönbühl statt.
Abmarsch um 8 Uhr
beim Lokal über Wart usw.
Vollständige Beteiligung er-
wartet der Vorstand.

Für Hühnerhalter!

Flügel- Klammern

Patent
verhindern das Heber-
fliegen der Hühner.

Zu haben bei
Paul Beck, Altensteig.

Altensteig.

Verkaufe meinen

Schennenanteil

an Geb. 264 in der Bahnhof-
str. u. erbitte schriftl. Offerten
Wilhelm Luz Witwe.

Derjenige, welcher mir meine
2 Schaufen

bei der Hefelbronner Steige
weggenommen
hat und bereits erkannt ist,
möge dieselben sofort wieder
an Ort und Stelle bringen,
sonstigenfalls ich ihn zur An-
zeige bringen werde.

Altensteig.

Zur

Frühjahrs- reinigung

empfehle:

Schmierseife, braune
Kernseife

Alta

Vim

Globus Scheuer-
pulver Blühblank

Flammers Seifenpulver

Dr. Thompsons "

Harr

Henkels Persil, Sil,

Bleichsoda u. c.

Globus Putz-Extrakt

Messerputzpulver

Seha Messerputzschmirgel

Sirr

Seolin

Bodenwische gelb u. weiß

Bodenöl

Ofenwische

S. Wurster.

Eine gebrauchte, gut erhaltene

Nähmaschine

mit Fußbetrieb verkauft
wer? sagt die Geschäfts-
stelle d. Bl.

Den Einwohnern von Altensteig u. Umgebung!

Am Samstag, den 6. Mai werden

- 1. Altmetalle**
(Kupfer, Messing, Zink, Blei und Zinn)
- 2. Altes Eisen**
- 3. Alt Papier**
(alte Zeitungen, Bücher und Papierabfälle)
- 4. Lumpen u. Wollgestricktes**

zu **allerhöchsten Preisen** entgegengenommen.
Auskaufliste am Bahnhof u. Bahnhof Altensteig.

Kaffee-Service
und
Tafel-Service
in echt
Porzellan
weiß und blau

empfehlen in schöner Auswahl
noch sehr preiswert

Fritz Bühler jr., Altensteig

Achtung Hausfrauen!

Der Lumpenkönig ist wieder da

und kauft morgen Samstag im Gasthaus zur Krone in Altensteig

gestr. woll. Lumpen ohne Besatz das kg zu Mk. 10.-	
gewöhnl. Lumpen	1.-
Knochen	1.20
Alte Zeitungen und Bücher	1.-
Alteisen	1.50 bis 2.-

Suche sofort ein fleiß.,
ebl. u. kinderlieb.

Mädchen

in kl. Familie, welches auch
selbständige Arbeit gewöhnt u.
im Kochen etwas bewandert
ist. Familienanschluß, hoher
Lohn u. gute Behandlung zu-
gesichert. Anträge an Frau
Beg.-Vertreter **W. Müller,**
Bad Liebenzell.

Berned.

Ein bereits neues



Fahr-
rad

hat zu verkaufen
Johs. Wurster b. Rathaus

Verkaufe ein. schön., 2 J. alten

Wolfs-

hund

Hündin

mit

Stamm-

baum

Johs. Ritz, Hornberg.



Gestorbene.

Calw: Gottlob Wörner.
Hornberg: Christian Red,
Eigengewerksbesitzer, 59 J. alt.

Benzin, Leinöl,

Schmierble für alle Zwecke,
conf. Fett, Bodenöl etc.

empfehlen zu billigsten Preisen

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41
und Filiale Simmersfeld

Sicherheits-Sprengstoffe

samt Zündschnüren und Sprengkapseln in verschie-
denen Fabrikaten zu billigen Preisen empfiehlt

Lorenz Luz jr. Altensteig Tel. 48

Zur Anfertigung

VON

Druckarbeiten

hält sich bei schnellster Bedienung
bestens empfohlen

die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Inh. L. Lauk

— Altensteig. —